

Wirtschaftspolitik

Der Nutzen der Trägheit

Menschen verhalten sich oft träge und maximieren ihren eigenen Nutzen nicht immer. Diese Erkenntnis nutzen Unternehmen schon lange: Werks- oder Standardeinstellungen sind ein alltägliches Phänomen – Handys haben einen standardisierten Klingelton, Internetbrowser eine voreingestellte Startseite. Auch die Wirtschaftspolitik sollte sich an diesem realistischeren Menschenbild orientieren. Das könnte besser zum Ziel führen und gleichzeitig auch noch Kosten sparen.

Ein Beispiel dafür ist die private Altersvorsorge. Der deutsche Staat fördert etwa die Riester-Rente. Mittlerweile liegt das jährliche Fördervolumen schätzungsweise bei weit über 2 Milliarden Euro. Der Abschluss ist freiwillig, aber ohne Vertrag gibt es keine staatliche Zulage. Die Menschen müssen also von sich aus tätig werden – ein Grund dafür, warum erst 40 Prozent der Berechtigten auf eine Riester-Rente sparen. Würde stattdessen geregelt, dass automatisch ein Teil des monatlichen Einkommens in den Sparvertrag fließt, sofern der Einzelne keinen Widerspruch einlegt, könnte die Zahl der Verträge deutlich steigen. Zugleich würde ein solcher freiwilliger Automatismus dem Staat viel Geld sparen, weil er die Zusatzrente zumindest nicht mehr so stark fördern müsste.

Dominik Enste, Michael Hüther: Verhaltensökonomik und Ordnungspolitik – Zur Psychologie der Freiheit, IW-Positionen Nr. 50, Köln 2011, 84 Seiten, 11,80 Euro, Bestellung über www.iwmedien.de/bookshop

Gesprächspartner im IW: Prof. Dr. Dominik Enste, Telefon: 0221 4981-730

Trägheit lässt sich nutzen

Wirtschaftspolitik. Von wegen Homo oeconomicus – statt kühl zu kalkulieren, was den eigenen Nutzen mehrt, handelt der Mensch oft ziemlich irrational. So manches gut gemeinte Vorhaben der Politik kommt dadurch nicht richtig zum Tragen. 

Menschen neigen zur Trägheit und behalten gern den Status quo bei. Das ist häufig selbst dann der Fall, wenn die aktuelle Situation willkürlich zustande gekommen ist und Veränderungen sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft besser wären. Zudem sind viele Menschen von der Informationsflut überfordert – sie bleiben bei ihren Gewohnheiten oder delegieren Entscheidungen.

Unternehmen nutzen das schon lange: Werks- oder Standardeinstellungen sind längst Alltag – Handys haben einen standardisierten Klingelton, Internetbrowser eine voreingestellte Startseite. Wer etwas anderes will, muss selbst aktiv werden. Viele begnügen sich aber mit dem, was ihnen vorgesetzt wird. In manchen Ländern rettet diese Trägheit sogar Leben:

Beispiel Organspende: Unter anderem in Österreich, Frankreich, Portugal und Polen gelten Bürger automatisch als Organspender, solange sie dem nicht widersprechen. Und das tun die wenigsten – selbst jene nicht, die nicht bereit sind, nach ihrem Tod Herz und Nieren zu spenden (Grafik). In Deutschland dagegen ist es umgekehrt: Hierzulande müssen sich Menschen aktiv um einen Organspendeausweis bemühen. Obwohl sich in Umfragen knapp die

Organspende: Unterschiedlich geregelt

In manchen Ländern müssen Menschen extra zustimmen, wenn sie Organe spenden wollen – in Deutschland etwa, indem sie einen Organspendeausweis ausfüllen und mit sich tragen. In anderen Ländern dagegen müssen die Bürger widersprechen, wenn sie keine Organe spenden wollen, ansonsten gelten sie automatisch als Spender. So sind laut Gesetz in Österreich fast alle Menschen Organspender, weil sie nicht widersprochen haben, aber nur 39 Prozent wären tatsächlich zu einer Spende bereit.

So viel Prozent der Bevölkerung...	... sind laut Gesetz Organspender	... wären zur Organspende bereit	... kennen laut eigener Aussage die rechtlichen Bestimmungen für Organspenden	Geltendes Recht
Dänemark	4,3	70	45	Zustimmung nötig
Deutschland	25,0	47	28	Zustimmung nötig
Niederlande	27,5	64	64	Zustimmung nötig
Vereinigtes Königreich	17,2	61	23	Zustimmung nötig
Österreich	99,9	39	19	Widerspruch nötig
Belgien	98,0	72	33	Widerspruch nötig
Frankreich	99,9	66	33	Widerspruch nötig
Ungarn	99,9	53	23	Widerspruch nötig
Polen	99,5	53	27	Widerspruch nötig
Portugal	99,6	60	22	Widerspruch nötig
Schweden	85,9	83	33	Widerspruch nötig

Spender: 2003, außer Deutschland (2010), Bereitschaft: 2009, kennen Bestimmungen: 2009
Quellen: Johnson, Goldstein (2003), Eurobarometer, Stiftung Eurotransplant

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2011 IW Medien - Iwd 51/52

Hälfte bis drei Viertel der Bundesbürger als Spender bereiterklären, besitzt nur ein Viertel einen Organspendeausweis.

Beispiel Riester-Rente: Der deutsche Staat verpflichtet die Menschen per Gesetz zur Altersvorsorge und fördert manche Varianten mit Steuermitteln, zum Beispiel die Riester-Rente. Der Abschluss ist freiwillig, aber ohne Vertrag gibt es keine staatliche Zulage.

Etwa 60 Prozent der Berechtigten haben allerdings noch keinen Vertrag abgeschlossen. Um diese Situation zu verbessern und besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen zu fördern, sollte der Staat auch hier bei den „Voreinstellungen“ ansetzen. Mit anderen Worten: Wer sich nicht anders entscheidet, legt automatisch jeden Monat 4 Prozent seines Einkommens in Form eines Riester-Vertrags zurück und erhält ohne weitere Formalitäten und bürokratischen Aufwand die jeweils zustehende jährliche Förderung.

Unabhängig von der Kritik an der Riester-Rente – eine private Vorsorge ist nötig. Und mit solch recht einfachen Änderungen würde die Zahl der Riester-Verträge deutlich steigen. Die staatliche Förderung könnte zudem nur noch an diejenigen gehen, die sonst keine private Vorsorge aufbauen könnten. Damit würden die unsystematische Umverteilung zwischen den Steuerzahlern mit und ohne Riester-Vertrag vermieden und die Steuergelder nur für tatsächlich Bedürftige verwendet – ohne dass jedoch ein staatlicher Zwang ausgeübt wird. Der Abschluss und die Auswahl der privaten Vorsorge sollten freiwillig bleiben.



IW-Positionen
50/2011

Dominik Enste, Michael Hüther:
Verhaltensökonomik und Ordnungspolitik –
Zur Psychologie der Freiheit,
Köln 2011, 84 Seiten, 11,80 Euro
www.iwmedien.de/bookshop